

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1865**

19.2.1865 (No. 43)

# Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 19. Februar.

N. 43.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1865.

## Amtlicher Theil.

Personen, welche Seiner Königl. Hoheit dem Großherzog Vorstellungen in Bezug auf allgemeine öffentliche Angelegenheiten zu überreichen wünschen, haben sich mit der Bitte um Gewährung des Empfangs unter Anlage der Vorstellung schriftlich an den Vorstand des Geheimen Kabinetts zu wenden.

Im Falle der Gewährung einer Audienz wird denselben die Zeit des Empfangs jeweils durch Zuschrift bekannt gegeben. Karlsruhe, den 18. Februar 1865.

Auf Allerhöchsten Befehl.  
Großherzogl. Geheimen Kabinetts:  
v. Sternberg.

Karlsruhe, den 18. Februar.

Durch Allerhöchste Ordre vom 16. d. M. wird der Hauptmann im Armeekorps, Karl Fülling, auf sein unterthänigstes Ansuchen aus demselben entlassen.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Telegramme.

† **Wien**, 18. Febr. Unterhaus-Sitzung. Graf Mensdorff bemerkt: Wegen der schwebenden Verhandlungen könne er eine entscheidende Auskunft auf die Anfrage Mühlfeld's bezüglich der Herzogthümerfrage nicht geben. Eine Verpflichtung zur Vorlage des Friedensvertrags mit Dänemark anerkennt die Regierung nicht. Sie hält fest an den von ihr ausgesprochenen Grundsätzen und ist bemüht, eine Lösung herbeizuführen, die geeignet ist, die Wichtigkeit des eingeschlagenen Weges darzutun.

Der Minister Lasser sagt in Beantwortung von Schindler's Motion: Die Bewilligung zur Errichtung von Fideikommissen bleibe der Gnade des Monarchen vorbehalten.

Der Minister v. Plener legt das Budget für 1866 vor, motivirt die Vorlage, und empfiehlt dem Hause, auf die Berathung einzugehen. Das Gesamtbudget beträgt 29 1/2 Millionen, wovon 16 1/2 Mill. auf die Schuldentilgung fallen; daher besteht das Gebährungsdefizit aus 13 Mill. Fr. v. Plener fügt im Namen des Gesamtministeriums bei: Die Regierung sei bei Gestattung der Revidirenden ernstlich bestrebt, bis an die Grenze des Möglichen zu gehen; für 1867 biete sich die Möglichkeit einer gänzlichen Vermeidung des Defizits.

† **Berlin**, 18. Febr. Die Bank hat ihren Diskontofuß für Wechsel auf 4 und für Lombardgeschäfte auf 4 1/2 Proz. herabgesetzt.

### Deutschland.

**Karlsruhe**, 18. Febr. Wir sind ermächtigt, den Vortrag des großh. Staatsministeriums, den Empfang der Deputationen zur Ueberreichung von Petitionen um Aufhebung des Gesetzes über die Schulaufsichts-Behörden, wie er unter dem 24. v. M. an Seine Königl. Hoheit erstattet worden ist, nachfolgend mitzutheilen:

### Durchlauchtigster Großherzog, Gnädigster Fürst und Herr!

Eure Königl. Hoheit haben allergnädigst geruht, das Staatsministerium zur Äußerung darüber zu veranlassen, in wie fern es angemessen erscheine, daß Eure Königl. Hoheit noch künftighin Abordnungen empfangen, welche sich mit der Bitte um Aufhebung des Gesetzes über die Schulaufsichts-Behörden in den Volksschulen an Eurer Königl. Hoheit Allerhöchste Person wenden.

Das unterzeichnete Staatsministerium erlaubt sich, diesem Allerhöchsten Auftrage entsprechend, Eurer Königl. Hoheit in Nachfolgendem unterthänigst vorzutragen:

In Erwägung, daß, soweit es bekannt geworden, der Inhalt der Eingaben und Vorstellungen der Petenten dahin gerichtet ist, Eure Königl. Hoheit zur Aufhebung eines bestehenden Gesetzes aus eigener Machtvollkommenheit zu bestimmen;

in Erwägung, daß zu diesem Zweck eine Organisation besteht, welche diese Abfindung von Deputationen in kleinen Abtheilungen und Gruppen und an verschiedenen Tagen in's Werk zu setzen bestrebt ist;

in Erwägung, daß in diesem Verfahren nicht sowohl ein ehrfurchtsvoller Gebrauch, als vielmehr ein grober Mißbrauch der Huld und Gnade liegt, mit welchem Eure Königl. Hoheit in landesväterlicher Hingebung den Zutritt zu Allerhöchster Person freigestellt haben;

in Erwägung endlich, daß bisherige Erfahrung dargethan hat, wie der Sinn der gnädigsten Äußerung Eurer Königl. Hoheit gegenüber solchen Abfindungen sich in öffentlichen Blättern böswilliger Entstellung preisgegeben findet; dürfte sich die Nichtzulassung solcher Abfindungen empfehlen.

Gleichzeitig erlaubt sich das Staatsministerium für den Fall, daß Eure Königl. Hoheit diesem unterthänigsten Antrage entsprechende Verfügung zu treffen geruhen sollten, um die Allerhöchste Ermächtigung nachzusuchen, dem Sinne dieses Vortrags gemäß Belehrung geeigneten Orts ertheilen lassen zu dürfen.

In tiefster Ehrfurcht verharrend  
Eurer Königl. Hoheit  
Karlsruhe, den 24. Jan. 1865,

unterthänigste  
(gez.) Stabel. Ludwig. Mühlh. v. Kamey. Vogelmann. Roggenbach. Wathy.

**Frankfurt**, 17. Febr. (N. Fr. Ztg.) Die geschäftsleitende Kommission des Sechsendreißiger-Ausschusses hat zur Unterstützung der in Folge der Kriegsergebnisse noch in großer Noth befindlichen Bewohner der Stadt Sonderburg und Umgebung (deren Habe größtentheils verbrannt) neuerdings 28,000 fl. bewilligt, womit die Gesamtsumme des Ausschusses auf die volle Summe von 100,000 fl. gebracht ist. Gleichzeitig werden aber auch die Schleswig-Holstein-Vereine zu weiterer Einwendung von Gaben aufgefordert.

○ **Stuttgart**, 17. Febr. Der Abg. Wächter stellte heute an den Hrn. Minister des Innern die Anfrage, was er in Betreff des Abkommens Preußens mit Frankreich hinsichtlich des Schutzes des literarischen Eigentums zu thun beabsichtige, da in dem am 1. Juli d. J. in Wirksamkeit tretenden deutsch-französischen Handelsvertrag jeder einzelnen Zoll-

vereins-Regierung der Beitritt zu diesem Abkommen Preußens mit Frankreich vorbehalten sei. Hierauf ging die Zweite Kammer auf die Berathung des Etats des Ministeriums des Innern über. Ergritt sind im Ganzen für 1864/65 1,868,560 fl. 42 kr., für 1865/66 1,838,764 fl. 35 kr., und für 1866/67 1,812,492 fl. 57 kr. gegen 1,680,000 fl. bis 1,742,000 fl. der letzten Etatsperiode. Davon kommen auf Ministerium und Kollegien an Besoldungen jährlich 178,950 fl., Kanzleikosten 12,000 fl. Landämter-Besoldungen 196,690 fl., Kanzleikosten 47,170 fl. Reise- und Unzugskosten 3000 fl. jährlich. Für polizeiliche Zwecke 73,000 fl. für drei Jahre. Hierbei kommen verschiedene Wünsche und Anliegen zur Sprache. Auf eine Anfrage in Betreff der Kosten für die Theilnahme an der Polizeikonferenz bemerkt Minister v. Seyler, daß auf der letzten Konferenz lediglich die allgemeine Aufhebung des Patzwesens zwischen den deutschen Staaten Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden u. s. w. zur Sprache gekommen sei. Für das Landjäger-Korps werden ergritt 246,158 fl. 57 kr., für 1865/66 251,723 fl. 8 kr., und für 1866/67 246,158 fl. 57 kr. Die Kommission beantragt eine Verminderung des Landjäger-Korps um 50 Mann, was eine längere Debatte veranlaßt und wobei der Hr. Minister erklärt, daß er sich aus dienstlichen Gründen dem entschieden widersetzen müsse; daß er aber, wenn die Kammer es dennoch beschließen sollte, den Beschluß strikte vollziehen werde, sich aber gegen alle daraus entspringenden Konsequenzen verwahre. Die Kammer beschließt mit 45 gegen 38 Stimmen die Reduktion um 50 Mann. Hier wird die Sitzung abgebrochen.

**Wiesbaden**, 17. Febr. Die „Nass. Landes-Ztg.“ theilt mit, daß der Postvertrag zwischen der norddeutschen Regierung und dem Fürsten Thurn und Taxis zum Abschluß gebracht sei.

**Dresden**, 17. Febr. Die Kaiserin von Oesterreich ist heute Morgen abgereist. Ihre Majestät, die Prinzen und Prinzessinnen waren am Bahnhof zur Verabschiedung anwesend.

**Hamburg**, 16. Febr. Nach der so eben hier eingetroffenen „Berl. Ztg.“ vom 9. d. ist der König von Schweden am Dienstag 7. d. nach Christiana abgereist, woselbst er sich 8 Tage aufzuhalten gedenkt. Man bringt diese Reise mit Plänen zur Anlegung von Befestigungen an der Küste von Norwegen in Verbindung. — Wie „Dagbladet“ vom 11. d. meldet, ist das Eis zwischen Malmoe und Kopenhagen so fest, daß man in Kopenhagen in den nächsten Tagen Schlitten aus Schweden erwartet.

**Kiel**, 17. Febr. Ueber die Versammlung bei dem Herzog Friedrich, welcher auch Hr. Samwer beizuhönte, ist berichtet worden, daß nur die Hrn. Wiggers und Rave sich in entschiedener Weise für den Anschluß an Preußen ausgesprochen. Der „Kiel. Ztg.“ wird versichert, „daß alle Anwesenden im Interesse der Herzogthümer sowohl als auch des gesammten Deutschlands ein näheres Verhältniß unseres Landes zu Preußen für geboten erachteten, wodurch indeß nicht ausgeschlossen ist, daß in Beziehung auf das Maß des Anschlusses die Ansichten verschieden nuancirt waren.“ — Advokat Rathleu in Kiel bekennt sich in einer Erklärung im „Kiel. Wochenbl.“ offen als „Annerionist“.

**Schleswig**, 14. Febr. Der „Mt. M.“ schreibt: Wie

† **Karlsruhe**, 12. Febr. (Wintervorlesung. Fortsetzung.) Anders wird jedoch das Gehirne, wenn man auch die Größe in Berücksichtigung zieht. Das Gewicht des Gehirns des Sperlings verhält sich nämlich zu dem seines Körpers wie 1 zu 25, und das der Blaumeise sogar wie 1 zu 12. Der Mensch hat demnach weder unbedingt, noch im Verhältniß zur Körpergröße das größte Gehirn. Dagegen ist durch sorgfältige Vergleichen erwiesen, daß das große Gehirn im Verhältniß zu dem kleinen bei dem Menschen größer ist, als bei den übrigen Geschöpfen.

Berücksichtigt man die Altersperioden, so zeigt sich das Gehirn des neugeborenen Menschen im Vergleich zur Größe des ganzen Körpers schon sehr stark entwickelt, und dieses Vorwiegen der Gehirnentwicklung dauert auch noch während der Kinders- und Knabenzeit, wo der Geist sich eine überaus große Masse von Erkenntnissen aneignet, fort. In Uebereinstimmung damit fallen auch die meisten Hirnkrankheiten in dieses Lebensalter. Schon im Anfange des Jünglingsalters erreicht das Gehirn seine volle Größe. Im Greisenalter, gewöhnlich von der Mitte der sechziger Jahre an, nimmt es in der Regel wieder ab. Männer, die, wie Göthe, Humboldt und Gauss, sich noch im hohen Alter durch die Größe ihres Gehirns ausgezeichnet haben, gehören zu den seltenen Ausnahmen.

Bei der Vergleichung der Menschengrößen hat man sich in Ermanglung der Gehirne meistens mit der Schätzung mittelst der Schädelhöhe begnügen müssen. Es hat sich dabei herausgestellt, daß das Gehirn der Neger und Australier durchschnittlich um 12 Prozent kleiner ist, als das der Europäer. In jüngeren Jahren ist der Unterschied geringer. Bei den Kindern der Neger und der Europäer zeigt sich noch kein Unterschied in der Größe des Gehirns, und in Uebereinstimmung damit steht auch die geistige Entwicklung der Negerrace in diesem Lebensalter nicht hinter der der europäischen Kinder zurück. Dagegen bleibt vom 12. bis 14. Lebensjahr an sowohl die Größe des Gehirns als die Entwicklung der Geistesfähigkeiten bei den Negern hinter der

der Europäer zurück. Die Näfte des Schädels verwachsen früher; die Grenze ihrer geistigen Entwicklung wird früher erreicht, und diese ist deshalb eine beschränktere.

Einen ähnlichen Rückgang zeigt in leiblicher und geistiger Hinsicht auch die Entwicklungsgeschichte des Orangutang. In den jüngeren Jahren ist derselbe sehr intelligent; in den späteren Jahren ist dies weniger der Fall. Er scheint immer bestialischer zu werden, und dem entsprechend ist auch sein Gehirn in den jüngeren Jahren dem des Menschen ähnlicher, als in seinem späteren Alter.

Durch diese Thatsachen werden wir unwillkürlich auch an die frühesten Wunderkinder erinnert, welche Anfangs die Welt in Erstaunen setzten, später aber den geglaubten Erwartungen nicht entsprechen. Der Volksglaube läßt sie sogar frühe sterben, und der Dichter läßt demgemäß auch den entmenschten Mörder der unschuldigen Kinder des englischen Königs Eduard darin eine augenblickliche Veruhigung finden, daß so herrlich begabte Prinzen doch unter allen Umständen bald sterben müßten.

Zur Statur des Körpers steht die Größe des Gehirns nicht in direktem Verhältniß. Man hat beobachtet, daß unter sonst ähnlichen Verhältnissen der Schädelumfang eines 100 Centimeter großen Menschen 15 Centimeter, und das eines doppelt so großen Mannes gleichwohl nur einen einzigen Centimeter mehr betrug.

Bei Wahnsinnigen hat man die Beobachtung gemacht, daß sie oft ein großes Gehirn haben. Dies kann nicht überraschen, insofern die Mittelmaßigkeit jedenfalls sicherer vor Geistesstörung ist, als Menschen mit einem stärkeren Erkenntnis- und Begehrungsvermögen.

So wichtig jedoch die Größe des Gehirns ist, so ist sie dennoch nicht das einzige Moment, wodurch die geistige Begabung bedingt ist. Diese hängt vielmehr auch ferner noch von der Vollendung des Baues des Gehirns ab, insbesondere von der Anzahl und Größe der Windungen der an seiner Oberfläche befindlichen grauen Substanz. Da nun aber diese Windungen auf den Faltungen der Oberfläche beruhen, so erscheinen sie als eine Einrichtung zur Vergrößerung der Oberfläche des

Gehirns, indem sich dieselbe, um für ihre Ausdehnung Raum zu finden und gleichwohl dem Kopfe keine zu große Breite zu geben, gleichsam zu jenen Windungen zu bequemen weis.

In Betreff dieser Gehirnwindungen hat man nun die Erfahrung gemacht, daß bei den größten Thieren, so wie bei den Menschen, ihre Menge und Mannigfaltigkeit mit der geistigen Begabung in direkter Beziehung steht, und daß nicht nur beim Menschen, sondern auch in jeder Säugethierordnung, eine große Befähigkeit der Windungsformen stattfindet. Dies hat auf den Gedanken geführt, daß man darin bestimmte Organe für physische Funktionen zu suchen habe. Schon vor 2000 Jahren hat der Alexandriner Erastriatus die Beobachtung gemacht, daß diese Windungen in dem Gehirn des Menschen zahlreicher und mannigfaltiger sind, als bei den Thieren, und vor etwa 1600 Jahren hat der römische Arzt Galenus dagegen den Einwand erhoben, daß dies nicht immer zutrefte, und daß namentlich der Esel mehr Gehirnwindungen habe, als der wohl intelligenter Hund.

Lassen wir diesen Rangstreit unentschieden und sehen wir uns weiter in dem Bereich der Thierwelt um, so finden wir zunächst, daß die Gehirnwindungen nur bei der Thierklasse, welche die größte geistige Begabung zeigt, nämlich bei den Säugethieren, vorkommen. Bei allen übrigen Thieren fehlen dieselben, was Denjenigen zur Veruhigung gesagt sein mag, welche etwa auf den Sperling oder die Blaumeise um ihres verhältnißmäßig größeren Gehirns willen eifersüchtig waren. (Schluß folgt.)

— Die Dante-Üebersetzung des Königs Johann von Sachsen wird jetzt zum dritten Male aufgelegt und ist diese neue Auflage, für welche ein weit geringerer Preis als für die früheren angelegt werden soll, zur Jubelgabe des Königs von Sachsen für das Dante-Jubiläum in Florenz bestimmt. Der hohe Verfasser der Uebersetzung wurde gleich nach Erscheinen derselben von vielen Akademien des Auslandes zum Ehrenmitglied erwählt und ernannt. Der dieselbe begleitende Dante-Kommentar zeigt bekanntlich eine tiefe Gelehrsamkeit.

wir vernehmen, werden auf den Wunsch des Hrn. v. Halberstadt einige Kompagnien Oesterreicher hieher verlegt werden. Den Bewohnern der von Danemark im Wiener Frieden abgetretenen Enklaven hat der dänische Justizminister angezeigt, daß sie nicht mehr Theil hätten an den dänischen Versicherungsanstalten. In Folge dessen sind die Betheiligten durch Repräsentanten zusammengetreten und haben einen Verein für Versicherung von Immobilien gebildet.

**Berlin, 16. Febr. (Fr. P.-Ztg.)** Der Abg. Michaelis hat einen, von 46 Mitgliedern der Fortschrittspartei unterstützten präjudizialen Antrag eingebracht, dahin gehend, die Berathung der Berichte der vereinigten Kommissionen für Finanzen und Böhle und für Handel und Gewerbe, 1) betreffend eine Beihilfe des Staats an die Tilsit-Jüterburger Eisenbahn-Gesellschaft, sowie an die zur Herstellung einer Eisenbahn von Pillau über Königsberg nach Lyck; 2) betreffend den nebst Schlussprotokoll vorgelegten Staatsvertrag zwischen Preußen und Oldenburg wegen weiterer Entwicklung der durch den Kriegshafen-Vertrag vom 20. Juli 1853 begründeten Verhältnisse vom 16. Februar 1864; 3) betreffend den Bau einer Eisenbahn von Danzig nach Neufahrwasser, von Heppens nach Oldenburg, und die Anschaffung der zur Bestreitung der Kosten des Grunderwerbs für die Berlin-Küstriner Eisenbahn erforderlichen Geldmittel; 4) betreffend die Gewährung einer Zinsgarantie von 4 Proz. des Anlagekapitals einer Eisenbahn von Trier durch die Eifel nach Call — so lange auszuführen, bis ein Gesetz über den Staatshaushalt zu Stande gekommen ist. Ein ähnlicher Antrag ist bereits von den genannten Kommissionen selbst gestellt, jedoch nur zum Theil, indem sie z. B. auf die Zinsgarantie für die Eifelbahn eingehen wollen, andererseits aber den Staatsvertrag zwischen Preußen und Oldenburg, welcher einer ganz andern Kommission zur Vorberathung überwiesen ist, selbstverständlich gar nicht zu berühren in der Lage gewesen sind. Der Antrag des Abg. Michaelis ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil aus demselben hervorgeht, daß die Fortschrittspartei, so lange unsere Budgetverhältnisse nicht geregelt sind, sich fernerhin auf gar keine außerordentlichen Gelbbewilligungen, so wenig für Eisenbahnen als für Zinsgarantien, und welchen Namen es sonst immer haben mag, mehr einlassen will; und wir glauben zu wissen, daß die Fraktion v. Bockum-Dolffs beschloffen hat, diesem Prinzip ihrerseits ebenfalls beizutreten; hiedurch wäre aber die große Majorität des Hauses für dieses Prinzip entschieden.

**Berlin, 17. Febr.** Die offiziöse „Provinzialcorr.“ sagt heute über die Stellung der Regierung zur Arbeiterfrage:

So wenig die Staatsregierung das revolutionäre Sinnen und Treiben Lassalle's und seiner Anhänger billigen oder gar unterstützen konnte, so fand sie doch eine gewisse Berechtigung in der Forderung, daß die Arbeiter nicht gegenüber den Arbeitgebern durchaus rechtlos seien, und beschloffen sich mit der Erwägung, wie diesem Uebelstand der Gesetzgebung abgeholfen werden könne. Die Regierung darf in wichtigen Verhältnissen, wie diejenigen, um welche es sich hier handelt, nicht entscheidend eingreifen, ohne die Folgen für das ganze Gebiet der Gewerbetätigkeit des Volkes reiflich und allseitig geprüft zu haben.

Die Regierung darf besonders nicht dazu beitragen, daß etwa unter den Arbeitern die Fäufelung aufkomme, als könne der Staat durch irgend welche gesetzliche Bestimmungen oder durch Verwaltungsanordnungen wirklich allen den Nothständen abhelfen, welche mit den Bedingungen der Arbeit überhaupt und mit dem in der Weltordnung begründeten Unterschied von Arm und Reich zusammenhängen. Die Regierung würde eine schwere Schuld auf sich laden, wenn sie in dieser Beziehung durch ihr Vorgehen den Arbeiterstand zu unbegründeten Hoffnungen verleitet.

Deshalb hat die Regierung bisher allem Drängen zu einer vorläufigen Entscheidung widerstanden, wohl aber Alles vorbereitet, um demnächst in vollständiger Kenntnis der Sache und nach Anhörung aller beteiligten Kreise Entschlüsse fassen zu können.

Der Vorstand der nautischen Gesellschaft zu Stettin hatte an die Regierung eine Vorstellung in Betreff der Führung des Nordostsee-Kanals gerichtet. Hr. v. Bismarck hat darauf unterm 31. v. M. folgende Antwort erlassen:

Die Vorstellung, welche die nautische Gesellschaft unter dem 20. v. M. in Betreff der Anlegung des Nordostsee-Kanals an mich gerichtet hat, habe ich mit Interesse gelesen, und da hat mir nur erfreulich sein können, von den darin behandelten patriotischen Gesinnungen Kenntnis zu nehmen. Nach den mir bis jetzt vorliegenden, auf technischen Ermittelungen beruhenden Nachrichten steht der Wahl der Linie Gdansk-Schwedt-Ussum der Umfassung entgegen, daß die Länge der Westküste von Schleswig und von Husum befindlichen Sandbänke, bei ihrer Entfernung vom Festland, es nicht richtig erscheinen lassen, dort eine Fahrrinne herzustellen, die für größere und namentlich für Kriegsschiffe erforderlich ist. Außerdem wird befürwortet, daß die Gewalt der durch Fluß und Ebbe bedingten Ein- und Ausströmung des Wassers zerstörend auf den Kanal wirken werde, wenn derselbe in die offene See mündet. Wäre Aussicht auf Befestigung dieser Schwierigkeiten vorhanden, so wären die Vorzüge, welche die Husumer Linie darbietet, unverkennbar. Es kann mir nur erwünscht sein, wenn die Mitglieder der nautischen Gesellschaft mich durch nähere Beleuchtung der erwählten Bedenken in den Stand setzen, die Erwägung der k. Regierung wiederholt auf jene Linie zu lenken. Die eingereichten Abschriften der Vorstellung habe ich den Ministern der Finanzen, für Handel und für landwirtschaftliche Angelegenheiten zugehen lassen. v. Bismarck.

**Wien, 15. Febr. (N. Ztg.)** Man hat den Verhandlungen des Finanzausschusses über den Etat des auswärtigen Ministeriums mit besonderer Spannung entgegen gesehen, weil man erwartete, daß in diesen Verhandlungen auch die Erörterung der auswärtigen Politik selbst bereits eine Rolle spielen werde; das ist indeß nur in sehr geringem Maß der Fall gewesen, und der Ausschuss ist überhaupt glimpflicher zu Werk gegangen, als seine summarisch energischen Abstriche an den früheren Budgets voraussetzen ließen. Bei den „diplomatischen Auslagen“ wurde vom Abg. Bressl angelegt, daß eine Verschmelzung der kleineren deutschen Gesandtschaften wünschenswert und möglich sei, und der Abg. Gistra stellte den bestimmten Antrag, die Geschäfte der beson-

deren Gesandtschaften in Stuttgart, Kassel und Darmstadt der Gesandtschaft in Frankfurt mit zu übertragen. Selbst in Mitten des Ausschusses fand indeß dieser Antrag Widerspruch. Bring gab zu, daß der positive Nutzen einer eigenen Vertretung an den kleinen Höfen kein entsprechender sei, aber er besorgte, daß deren Einziehung von diesen Höfen als eine Beleidigung aufgefaßt werden würde, und Graf Brinck verstärkte dieses Argument gegen die „reisenden Gesandten“ noch mit der Erwägung, daß durch eine solche Maßregel nur das Ansehen Oesterreichs in Deutschland leiden könne. Der Minister des Auswärtigen verwendete sich speziell für die Beibehaltung des Postens in Kassel. Kassel sei ein wichtiger Knotenpunkt politischer Interessen, und die Regierung habe ein dringendes Interesse, die sich dort freuzenden Intriguen von preussischer sowohl als nationalvereiner Seite ganz in der Nähe zu beobachten. Sofort nahm Schindler Veranlassung, sein Erstaaunen auszudrücken, daß „unser theurer Allirter im Norden“ gegen Oesterreich intriguire, und Graf Mensdorff rethorisierte demgemäß seine Aeußerung dahin, er habe keine Beschuldigung gegen die preussische Regierung formuliren, sondern nur die Existenz von Parteintriguen für preussische Interessen konstatiren wollen. Der Antrag Gistra's wurde abgelehnt. Auch die vielgestrichene Zulage von 20,000 fl. für den Botschafter in Rom hatte diesmal ein verhältnismäßig günstiges Schicksal. Allerdings schloß es nicht sowohl an bitteren persönlichen Angriffen auf den Botschafter, als auf die Erfolge seiner diplomatischen Thätigkeit, welche nichts zu Wege gebracht, als einen neuen päpstlichen Erlaß, der nahezu einen Akt der Feindseligkeit gegen die Grundgesetze der österreichischen Verfassung darstellt; aber wenn auch ein Gesamtabsatz von 64,000 fl. an den Gesandtschaftskosten überhaupt beschlossen wurde, so wurde doch die Spezialstreichung jener Zulage nicht beliebt. Graf Mensdorff fand sich übrigens, als Gistra von einer in Rom abgegebenen Erklärung wissen wollte, der Kaiser werde, wenn der Papst von einer fremden Macht gebrängt werden sollte, nicht vergessen, daß die apostolische Majestät zu seiner Unterstützung verpflichtet sei, veranlaßt, ausdrücklich zu bemerken, daß diese Erklärung, wenn überhaupt erfolgt, in die Zeit vor seinem Amtseintritt falle, und daß er für dieselbe nicht eintrete. Schließlich riefen noch die Konjunkturalnoten eine lebhaftere Debatte hervor. Den Vorwürfen, daß die Konjunkturalnotizen für die Interessen des Handels bisher nur sehr geringe Früchte gebracht, trat der amwende Referent für die westlichen Konsulate, Frhr. v. Gagern, mit der Bemerkung entgegen, daß gerade die der neuesten Zeit angehörende Errichtung weiterer Konsulate den Beweis liefere, wie die Regierung auch nach dieser Richtung hin den Bedürfnissen des Verkehrs volle Rechnung trage. Nichtsdestoweniger wurden die neu errichteten (10) Konsulate, weil der Reichsrath die dafür erforderlichen Geldmittel nicht bewilligt und bis die betreffende — vom Grafen Mensdorff übrigens sofort zugesagte — Gesetzbildung gemacht worden, gestrichen.

**Wien, 17. Febr. (Fr. P.-Ztg.)** Hier eingegangene Mittheilungen aus St. Petersburg unterstellen der russischen Regierung die Absicht, die Hauptstadt Polens zu verlegen und Warschau nur noch als Hauptwaschenplatz beizubehalten.

#### Oesterreichische Monarchie.

**Venedig, 12. Febr. (Presse.)** In Padua gab es wieder Studentenunmuth. Der aus Florenz berufene Professor der gerichtlichen Medizin, Dr. Sazzaretti, ist unter der Jugend eine persona ingrata, weil er die neue Residenz und Hauptstadt Italiens verließ, um eine Anstellung von Oesterreich anzunehmen. Am Vorabend seiner Ankunft explodirten Petarden bei der für ihn gemietheten Wohnung, und es war beabsichtigt, ihn bei seiner Antrittsvorlesung übel zu empfangen. Gleichzeitig kam die Behörde auf die Spur von Verberungen für einen Frühjahrs-Garibaldi-Putsch unter den Studenten der Universität und legte sich in's Mittel. Bei einem der Verberer wurden nebst Dolch und Anzug mit Kapitänsauszeichnung eine Liste der Angeworbenen (etwa 2 Tugend), Kriegsartikel und Proklamationsentwürfe vorgefunden. Auch ein halbes Duzend Arbeiter war bereits engagirt. Die Studenten hielten die Verhaftungen für Maßregelungen zum Schutze des neuen Professors und demonfirten zwei Tage lang, insbesondere gestern, durch Petarden im Hofe der Universität, durch Nichtbesuch der Kollegien und lärmenden Tumult, gingen aber auf Aufforderung der Sicherheitsorgane auseinander. Das für politische Untersuchungen kompetente Tribunal von Venedig zog die Verhafteten an sich, und ein Theil traf gestern Abend hier ein. Der neue Professor scheint aber zu seiner Antrittsvorlesung einen ruhigeren Moment abwarten zu wollen.

#### Schweiz.

**Bern, 16. Febr. (W. L. Z.)** Die württembergische Regierung zeigt dem Bundesrath an, daß, nachdem sie nunmehr in Besitz des erforderlichen Materials sei und mit Bayern und Baden sich verständigt habe, sie bereit sei, in Unterhandlungen über einen Handelsvertrag mit der Schweiz einzutreten. Sie schlägt vor, die Konferenzen am 1. März in Stuttgart zu beginnen.

#### Italien.

**Turin, 13. Febr. (N. Ztg.)** Ein von Florenz datirtes königl. Dekret vom 6. d. ertheilt nun auf den Vorschlag des Kultusministers dem gesammten Klerus uneingeholt das Recht der Veröffentlichung der Encyclica nebst Sylabus

\*) Die „Wien. Abendpost“ enthält über diesen Punkt in ihrer neuesten Nummer folgende halbamtliche Notiz: „Gegenüber den verschiedenartigen Personen, in welchen die heutigen Morgenblätter eine in Finanzausschuss getallene Aeußerung des Hrn. Ministers des Aeußeren, müssen wir daran erinnern, wie solche nicht für die Öffentlichkeit bestimmte Worte allzu leicht ungenau wiedergegeben werden; zugleich aber sind wir in der Lage, zu bemerken, daß Graf Mensdorff selbst jene Aeußerung dahin präzisirt hat, er habe damit nicht die preussische Regierung angefaßt, sondern nur angedeutet, wie der kaiserliche Staat durch seine politische Lage sich verschiedenen Intriguen bloßgestellt befinde.“

vorbehaltlich der Rechte des Staats und der Krone und ohne irgend einen der darin enthaltenen Vorschläge anzuerkennen, die den Prinzipien der Institutionen und der Gesetzgebung des Landes zuwider sind.“

**Turin, 16. Febr.** Die Kammer hat den ersten Artikel des Gesetzes bezüglich der legislativen Unifikation angenommen. Die Eruption des Aetna nimmt ab. Die neapolitanischen Blätter melden, daß die des Vesuv's zunehmende. Bis jetzt sind keine Beschädigungen bekannt geworden.

**Florenz, 17. Febr.** Der König ist gestern nach Pisa gereist; es wurde ihm dort eine glänzende Aufnahme zu Theil. Eine ungeheure Menschenmenge, in welcher die Notabilitäten des Landes und die Arbeitervereine figurirten, war ihm entgegengegangen. Abends war das Theater illuminirt. Der König wurde bei seiner Ankunft durch drei lange dauernde Beifallsalven begrüßt. Se. Maj. ist sodann wieder nach San Rossore zurückgereist. General Lamarmora ist nach Neapel gereist, aber er wird binnen kurzem wieder in Florenz zurück sein.

#### Frankreich.

**Paris, 17. Febr.** Hier haben aus dem Gelben Buch noch einige der Depeschen hervorgehoben, welche die kais. Regierung über die schleswig-holsteinische Angelegenheit den Kammeren vorgelegt hat. Neue und überraschende Gesichtspunkte findet man in dieser Sammlung nicht, wohl aber manche interessante Vervollständigung dessen, was schon früher auf direktem oder indirektem Wege ins Publikum gelangt war.

In einer Depesche vom 4. April 1864 drückt sich Hr. Drouin de Lhuys dem französischen Gesandten in Dresden, Baron Forth-Kouen, gegenüber folgendermaßen über die von Frankreich in der Herzogthümerfrage einzunehmende diplomatische Stellung aus:

„Wir glauben nicht (wie die Sachen damals standen), was uns betrifft, über die Bevölkerung der Herzogthümer ohne deren Zustimmung verfügen zu dürfen. In der That machen unsere Prinzipien es uns zur Pflicht, ihre Interessen und Wünsche zu Rath zu ziehen, bevor wir über die Wahl ihres Souveräns und über die Organisation ihrer politischen Existenz unsere Ansicht kundgeben, und in diesem Sinn haben wir uns auch den übrigen Kabinetten gegenüber erklärt. Wir haben also keine Verpflichtung übernommen, irgend eine vorher gefasste Kombination zu unterstützen. Wenn die einfache Wiederherstellung der Verträge von 1851 und 1852 als möglich anerkannt wird, so werden wir diese vor allem Andern je nach Maßgabe der uns aus dem Londoner Vertrag erwachsenden Verpflichtungen unterstützen. Wenn es sich aber um eine Entscheidung über die Geschichte der Bevölkerungen handelt, so bleiben wir vollkommen frei, und für die Anordnungen zu erklären, die uns deren Wünschen am meisten zu entsprechen scheinen.“

In einer Depesche vom 10. Juni an den Fürsten Lalour d'Autvergne über die bekannte von Lord Cowley angeregte Ultimatumfrage entwickelt Hr. Drouin de Lhuys in nachfolgender Weise die Gründe, welche die französische Politik zum Verzichtleisten auf eine entschiedene Aktion, ohne vorherige Zustimmung einer unverbrüchlichen Allianz mit England, veranlassen müssen.

„Der erste Kanonenschuß bei einer maritimen Demonstration würde für uns einen Krieg zu Wasser und zu Land nach sich ziehen. Es würde uns nicht wie England frei, unsere Operationen ausschließlich nach unserm Willen einzurichten. Trotz unserer Bemühungen, den Krieg zu lokalifiren, würde es uns nur schwer gelingen, den Ausbruch desselben an unseren Grenzen zu verhindern. Es wäre nicht unmöglich, daß die Demarkationslinie, für welche wir die Waffen ergreifen, von dem Lande selbst zurückgewiesen würde, und wir gerieten gleichzeitig in Konflikt mit der Bevölkerung der Herzogthümer, wie in Kampf mit den Mächten Deutschlands. Ein solches Unternehmen würde die Entfaltung aller unserer Hilfsmittel erheischen und uns unermessliche Opfer auferlegen.“

Wäre, Angesichts einer solchen Eventualität, England geneigt, uns eine unbegrenzte Unterstützung zu leisten? Indem die Regierung Sr. Maj. die großen Staatskörper um ihre Mittheilung angeht, müßte sie ihnen erklären, um welcher Vortheile willen das französische Blut fließen soll. Würde uns das englische Kabinet in die Lage versetzen, auf diese Frage, die erste sicherlich, die man an uns stellen würde, Antwort zu geben? Was uns anbelangt, so hätten unsere Gedanken nie an diesem Punkt. Wären wir von ehrgeligen Vätern geleitet, so hätten wir uns vielleicht die gegenwärtige Gelegenheit zu Nutzen zu machen gesucht, indem wir uns ein zu deren Befriedigung sich eignendes Verhalten vorgezeichnet hätten. Wir sind aber derartigen Inbetrachtungen völlig fremd geblieben.“

Lord Russell scheint zu glauben, daß eine Demonstration zur See stattfinden könne, ohne daß ein Konflikt daraus entspringe, und daß Drohungen hinreichen, um mit den Ansprüchen Deutschlands fertig zu werden. Allein kann in einer Frage, in welcher das nationale Selbstgefühl in so hohem Grade betheilig ist, diese Rechnung nicht fehlschlagen? Ist nicht voranzuzusehen, daß das Volkgefühl sich mit Macht gegen uns aussprechen würde? Zugegeben selbst, daß man sich auf keinen bewaffneten Angriff gefaßt zu machen brauchte, so würde es doch unvermeidlich zu Kundgebungen kommen, die wir schon ihres Charakters wegen nicht dulden dürften. Wir würden uns alsdann in der Lage sehen, entweder sie zu erwidern, oder eine moralische Niederlage hinzunehmen.“

Vor dem bedauerlichen Ausgang, den unsere gemeinschaftlich unternommenen Schritte in der holsteinischen Frage nahmen, hatte das Ansehen der beiden Mächte noch keine Beinträchtigung erlitten, und sie konnten es darum unbedenklich auf's Spiel setzen. Heutzutage aber würden Worte, denen keine Thaten folgten, und leere Manifestationen ihrer Würde verhängnißvoll werden.“

Ich habe dem englischen Botschafter diese Erwägungsgründe dargelegt und erlaube Sie, dieselben Ihrerseits dem ersten Staatssekretär Ihrer Britt. Majestät mittheilen zu wollen. Genehmigen Sie zc. Drouin de Lhuys.“

Am 10. Aug. 1864 richtete Hr. Drouin de Lhuys nachstehende Depesche an den Herzog von Gramont in Wien:

„Herr Herzog. In einer früheren Depesche lud ich Sie ein, das Wiener Kabinet um Wägigung gegen Danemark anzugehen. In demselben Sinn habe ich an Baron Lallebrand geschrieben und ihn gebeten, dem preussischen Hofe gleichfalls eine verständliche und billige Politik anzupfehlen. Die Veröffentlichung der Wiener Protokolle und der Friedenspräliminarien hat die öffentliche Meinung Europa's nur in ihren Ansichten über die Härte der der dänischen Monarchie

aufgelegten Opfer und über die Lage, in die sie jetzt versetzt worden ist, befragt. Dieses Gefühl ist ein allgemeines, und wir bleiben der Ueberzeugung, daß die beiden deutschen Großmächte einen Beweis wirklicher Weisheit ablegen würden, indem sie diesem Gefühl Rechnung zu tragen sich nicht weigerten. Genehmigen Sie etc. Drouin.

Unter den auf die italienischen und römischen Angelegenheiten bezüglichen Aktenstücken befindet sich auch eine an den Herzog von Gramont gerichtete Depesche vom 26. Sept. 1864, welche über eine Unterredung des Ministers des Auswärtigen mit dem österreichischen Geschäftsträger Graf Müllner berichtet. Derselbe hatte nämlich das Erlaunen seiner Regierung darüber kundgegeben, daß die französische Regierung die römische Frage allein mit Italien, ohne Zuziehung einer andern katholischen Macht, ja selbst ohne Wissen des Papstes, der doch der am meisten Befähigte sei, ordnen wolle. Hr. Drouin de Lhuys sucht nun in seiner Antwort darzutun, daß die Konvention vom 15. Sept. keineswegs eine Lösung der römischen Frage bedinge, daß sie die allgemeine Lage Italiens nicht umgestalte, sondern gewissermaßen nur einen andern modus vivendi an die Stelle des Systems setze, dessen Uebelstände man eingesehen habe. Wir geben nachstehend den Schluß dieser Depesche, aus der sich nicht unbedeutend der Entschluß der französischen Regierung ergibt, jede, dem italienischen Königreich feindliche Einmischung in die Angelegenheiten der Halbinsel möglichst fern zu halten.

„Ich erkläre Hr. v. Müllner, daß wir, was das über die Konvention, Rom gegenüber, beobachtete Stillschweigen betreffe, uns nur gegen die römische Kurie selber, wenn wir dazu aufgefordert würden, auszusprechen hätten. Immerhin fügte ich bei, daß wir in dem uns angemessenen Zeitpunkt zu Rom die Gründe, welche uns zu diesem Entschluß in den daraus sich ergebenden Handlungen bestimmt, kundgegeben hätten. Auf diese Weise sind wir überzeugt, das empfindliche Gefühl und die Genossenschaft des römischen Hofes besser geklärt zu haben, als wenn wir ihn in die Lage versetzt hätten, Einwände zu erheben und absolute Ablehnungen zu formulieren, auf die wir hätten unmöglich Rücksicht nehmen können. Wir haben in unserm Namen, aber in dem, was uns als Interesse der römischen Regierung erschien, Garantien ausbedungen, deren wir bedürften, um in unsern eigenen Augen unsere Verantwortlichkeit sicher zu stellen. Wir hatten dem römischen Hof weder etwas abzuverlangen, noch aufzuerlegen; er behielt seine volle freie Entscheidung in Bezug auf das Uebereinkommen, das wir mit Italien abgeschlossen. Was die Zurückhaltung betrifft, die wir dem österreichischen Kabinet gegenüber behauptet haben, so machte ich Hr. v. Müllner bemerkt, daß, da wir bezüglich unserer Diskussion Rom's an Niemanden gebunden seien, wir auch nur mit uns selber über den geeigneten Zeitpunkt und die Art und Weise der Beendigung eines Unternehmens, dessen Ruhm wir in Anspruch nehmen und dessen Lasten wir allein getragen, zu Rath zu gehen hätten. Ich mußte außerdem daran erinnern, daß, nachdem ich bereits Gelegenheit gehabt, der österreichischen Regierung unsern Wunsch auszudrücken, sie möge ihre Rathschläge zu den unsrigen stellen, um in Rom den Frieden, deren Weisheit Oesterreich selber anerkannt und deren Anwendung es empfohlen hatte, Eingang zu verschaffen, — die Antwort, welche uns auf diese Eröffnungen zu Theil wurde, und deren verbindliche Form ich mit Vergnügen anerkannte, von Seite des Wiener Kabinet's mehr Klugheit und Umsicht bezeugte, als Eifer, mit uns sich auf irgend eine Einigung in Bezug auf die Angelegenheiten Roms einzulassen. Genehmigen Sie etc. — Drouin de Lhuys.“

**Paris, 17. Febr.** Es bestätigt sich, daß die römische Regierung das Verhalten des Nunzius tabelte. Das „Mém. diplom.“ sagt in dieser Beziehung: In Verantwortung der Depesche des Hr. Drouin de Lhuys erklärte Kardinal Antonelli, daß Mgr. Chigi, indem er an die Bischöfe von Orleans und Poitiers schrieb, nicht nur ohne besondere Weisung, sondern der allgemeinen ausdrücklichen Weisung zuwider gehandelt habe, da es absolute Regel des römischen Hofes sei, daß seine Agenten sich in keiner Weise irgendwie in die inneren Angelegenheiten der Regierungen mischen, bei welchen sie beglaubigt sind. Inzwischen hat der Papst gleichzeitig ein Schreiben an den Bischof von Orleans gerichtet, worin er dessen Broschüre über die September-Konvention und die Encyclica unbedingt billigt. — Man zeigt für morgen die Veröffentlichung eines Hirtenbriefes des Erzbischofs von Paris über die Encyclica an. Der „Patrie“ zufolge wäre dieses Aktenstück eben so beachtenswerth durch die „Berechtheit der Form“, als durch die Unabhängigkeit des Urtheils.

Der Gesundheitszustand des Herzogs von Moray hat sich nicht gebessert und es ist (da er an einer Halsbräune leidet) mindestens zweifelhaft, ob er die Abreise nach Wien leiten können. Der Kaiser empfing daher vorgestern in dieser Angelegenheit den Vizepräsidenten Hrn. Schneider. — In der gestrigen Abend bei Hrn. Marie stattgehabten Versammlung der Opposition wurde eine Kommission zur Abfassung der einzureichenden Amendements ernannt; es wurden hiezu Ernst Picard, Jules Simon, und Eugen Pelletan gewählt. — Von dem ehemaligen Minister Manin's, Thomasio, erschien eine Broschüre, worin der Segenswurf, betreffend die Zivilehe (in Italien), sowie die Konfiskation der Kirchengüter, bekämpft wird. — Gestern begann in der Ecole des beaux arts die Ausstellung der Gemälde von Hipp. Flandrin. Man bemerkt (in einem abgesonderten Kabinet) ein meisterhaftes Bild Napoleon's I., dann die Bildnisse Napoleon's III. und des Prinzen Napoleon, die schon in der Kunstausstellung figurirten; ferner enthält die Sammlung ein Porträt des Baron James v. Rothschild — Flandrin's letztes Werk.

An der Börse sauffe. Rente 67.50; Cred. mob. 975; ital. Anl. 65.25.

#### Spanien.

**Madrid, 16. Febr.** Die „Madrider Ztg.“ veröffentlicht ein königl. Dekret, welches die Anwendung des Gesetzes bezüglich der Gesellschaften öffentlicher Arbeiten auf die Insel Cuba ausdehnt. Neue Positionen gegen die Voreinnahme der Steuer sind der Kammer vorgelegt worden.

#### Niederlande.

**Saar, 15. Febr.** (Köln. Ztg.) Bis zum heutigen Tag sind unsere Kamern noch nicht beisammen. Weil der Ferien so viele sind und dieselben so lang dauern, nennt der Volksrath unsere Repräsentation statt „staaten general“ „staaten seriaal“. Viele vorbereitete und bereits in den Komittees debattirte Gesetze harren der Erledigung. — Der zum

dritten Mal mit unbeschreiblicher Härte zurückgekehrte Winter schließt allen Verkehr ab und bringt selbst den veränderten Segnern der Eisenbahnen und Brücken andere Ideen bei. — Die Amsterdamsche Lebensfrage, der See kanal „Holland op zijn smallst“, ist in eine neue Phase getreten. Vorgestern fand die Wahl der definitiven Direktion und des Verwaltungsraths statt, deren Resultat in der folgenden Woche erst bekannt wird. Hr. Jos. Jitta erstatte in der gestrigen Wahlversammlung den Bericht über die Wirksamkeit der provisorischen Direktion und bewies, daß der Bau durch Hrn. Brandeis, durch die H. Lee in London nach den Plänen der Ingenieure Hamshaw und Dirk unternommen sei. Mit Ueberraschung vernahm man, daß 20 Subskribenten, den ersten Firmen hier angehörig, welche für die in Holland zu liefernden Anthelle von 5 Millionen fl. zusammen den Betrag von 266,000, also jeder 13,300 fl., unterzeichnet, die Einzahlung der verlangten 10 Proz. gewerigt hatten.

#### Dänemark.

**Kopenhagen, 11. Febr.** (Nat.-Ztg.) Nach der „Berling. Ztg.“ sind in diesen Tagen der Hofrath v. Laekenbacher und der Geh. Rath Meinel als Vertreter Oesterreichs und Preußens in der durch den Wiener Friedensvertrag angeordneten internationalen Kommission zur Ordnung der Finanz- und Apanagenverhältnisse hier eingetroffen. Die Verhandlungen haben bereits begonnen; Dänemark wird durch den früheren Finanzminister Jønger und durch den Departementsdirektor Schovelin vertreten. — Die letzten Verhandlungen des Reichsraths wie des dänischen Reichstags sind nicht von erheblichem Interesse. Im Reichstag-Botschaftstag hatte die Auschlußmehrheit beantragt, daß der durch das Finanzgesetz erzielte eventuelle Ueberschuß in den Reservesonds des Königreichs fließen, und demnach der Reichstag jeden fernern Zuschuß zu den früheren gemeinsamen Ausgaben (für Heer, Flotte, Diplomatie, Post u. s. w.) verweigern solle. Hiergegen bemerkte der Finanzminister David, daß dieser Antrag das Erlöschen der noch fortbestehenden November-Versassung voraussetze. Derselbe Scherning und Redakteur Hansen wiederholten ihre bekannnten Anschauungen über die Alleinberechtigung des Reichstages zur Erledigung der Verfassungsfrage und des Finanzgesetzes. Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Ausschusses mit 51 gegen 37 Stimmen verworfen, das Finanzgesetz dagegen mit 65 gegen 8 Stimmen endgiltig angenommen.

#### Donaufürstenthümer.

**Bukarest, 16. Febr.** (W. L. B.) Die Kammer hat zum Behuf der Entschädigung der griechischen Klöster eine Anleihe von 150 Millionen Baster bewilligt. Hr. Bajaresko ist zum Vizepräsidenten des Staatsraths ernannt.

#### Türkei.

**Triest, 17. Febr.** (W. L. B.) Nach Berichten aus Konstantinopel vom 11. Febr. hat Ali Pascha eine Note an die Vertreter der Schutzmächte Syriens erlassen, in der er eine allgemeine Amnestie für die Insurrektion von 1860 beantragt.

#### Ägypten.

**Malta, 16. Febr.** Briefe aus Ägypten melden uns, daß Abd-el-Kader in Alexandria zurück war von seiner Exkursion in den Jihmus. Er wollte sich mit dem nächsten Schiff nach Syrien einschiffen.

#### Amerika.

**Neu-York, 5. Febr.** (Ber. „Hibernian.“) Die sogenannten Friedensunterhandlungen haben ein rasches Ende gefunden. Vier Stunden hatte die Konferenz zwischen Lincoln und Seward einerseits und Stephens, Hunter und Campbell andererseits an Bord der beiden bei Hampton Roads Seite an Seite ankernden Dampfer gedauert, als die beiden Parteien sich schon wieder trennten, die einen nach Washington, die andern nach Richmond zurückkehrend. Man weiß mit Bestimmtheit, daß in Folge der Verhandlungen keinerlei Veränderung in der Haltung der beiden Regierungen eingetreten ist; mit andern Worten, die Konferenz hat sich als eine Fehlgeburt erwiesen. Hr. Seward hat, wie man von Washington berichtet, dieses nach herausgesagt. Gestern Nachmittag hat der Präsident (welcher im Lauf des Morgens wieder in der Hauptstadt eingetroffen war) das Kabinet zusammenberufen und ihm das Resultat vorgelegt. Die letzten Mittheilungen aus Washington (von heute Morgen) bestätigen das oben Gesagte aufs vollständigste und fügen hinzu, daß die Beratungen an den Hauptpunkten gescheitert seien: an den Fragen, die sich um Trennung oder Unterwerfung drehen. Mittelbare Erfolge freilich scheint die Konferenz oder vielmehr ihr Fehlschlag haben zu sollen. Zu einer Nachricht des Neu-Yorker „Herald“, daß mit dem Verhalten der Friedensdemokraten eine große Veränderung vorgegangen sei, stimmt der Ton einer Rede, welche eines der Häupter jener Partei, Fernando Wood, im Kongreß gehalten hat: „Wenn, wie wir hören, die Friedensunterhandlungen dadurch vereitelt worden sind, daß die Rebellenführer sich weigern, in die Bahn der Pflicht einzulunken und auf der Grundlage der Verfassung in die Union zurückzukehren, und wenn der Präsident (Lincoln) ihnen Thür und Thor geöffnet, und darauf die Antwort „Losreißung und Anerkennung“ empfangen hat, so werde ich, soweit es in meinen Kräften steht, Hilfe leisten zur Niederwerfung des Feindes, um durch Gewalt zu erlangen, was wir auf friedlichem Wege nicht erreichen können.“ — Die gesetzgebenden Versammlungen der Staaten Neu-York, Maryland, Pennsylvania und Massachusetts haben das, die Sklaverei abschaffende Amendement zur Verfassung ratifizirt. Im Senat hat Hr. Sumner eine Reihe von Resolutionen vorgebracht, daß alle in Gemäßheit der Verfassung und der unter Autorität der Vereinigten Staaten abgeschlossenen Verträge gefassten Beschlüsse der Exekutive und der Legislatur im ganzen Gebiet der Vereinigten Staaten rechtskräftig sein sollen, wenn auch gewisse rebellische Staaten nicht an denselben Theil nehmen; und dasselbe habe von einer Aenderung der Verfassung zu gelten; daß ferner das die Sklaverei aufhebende Amendement der Verfassung seine volle Gültigkeit haben solle,

so bald es von drei Vierteln der Staaten ratifizirt sein werde, die thatsächlich die verfassungsmäßigen Rechte und Befugnisse der Vereinigten Staaten ausüben; daß endlich irgend eine andere Maßregel, nach der die Theilnahme der Rebellenstaaten erforderlich wäre, zugleich unlogisch und von gefährlichen Folgen sein würde, indem alle neueren Proklamationen, darunter das Emanzipationsdekret, der Vertrag mit England zur Unterdrückung des Sklavenhandels, und alle neueren Kongressakten einschließend die auf die Nationalschuld bezüglichen, ohne die Theilnahme der Rebellenstaaten beschloffen und ratifizirt worden seien. Der Senat hat die Resolution angenommen, in welcher als die nicht zur Vertretung im Wahlkollegium berechtigten Staaten Virginien, Nordcarolina, Südcarolina, Georgien, Alabama und Tennessee aufgezählt werden. — Das Flottenkomitee findet die Ursache des Plagens der Parrotkanonen vor Wilmington in der zu frühen Explosion der Bomben innerhalb des Geschützrohres.

Vom Kriegsschauplatz sind keine entscheidenden Nachrichten eingetroffen. Doch heißt es, die Potomac-Armee sei in Bewegung; zu welchem besondern Zweck, verlaute nicht. Vor Wilmington hatte sich bis zum 30. v. M. nichts verändert. Bei seinem Besuch in Fort Fisher hatte Grant eine Unterredung mit Porter und Terry. Sherman berichtet, daß er unaufhaltsam und ohne auf Widerstand zu treffen seinen Marsch fortsetze. — Die Feuersbrunst in Savannah soll 225 Gebäude, darunter das Arsenal, verzehrt haben; man sagt, sie sei von sübsaatlichen Soldaten (von Wheeler's Kommando) angelegt worden, um die Stadt für die Bundesbesatzung unhaltbar zu machen. — Der britische Konsul in Savannah hat mit Sherman eine Unterhaltung gehabt, die sich auf die Ansprüche britischer Eigentümer an die in der Stadt erbeutete Baumwolle bezog. Sherman antwortete, die Ansprüche würden späterer Erwägung anheimgestellt bleiben; vorerst werde alle Baumwolle verkauft werden. In Cairo sind mehrere Dampfer requirirt worden, welche den Cumberland und den Tennessee hinauf gehen sollen, um die Armee des Generals Thomas auf eine neue Operationsbasis zu transportieren.

Die Regierung ist in Kenntniß gesetzt worden, daß große Waffensendungen auf dem Weg von Kalifornien nach Mexiko mit Beschlag belegt worden sind. Einige der Kisten waren von Marx und Komp. in Hamburg.

Das Repräsentantenhaus hat die Anlegung eines Schiffkanals um die Niagarafälle und des Illinois-Michigankanals genehmigt. Letzterer wird es den Kanonenbooten ermöglichen, aus dem Mississippi in den Michigan-See zu fahren.

**Kanada.** Das Gesetz, welches dem Generalgouverneur die Vollmacht erteilt, verdächtige Ausländer des Landes zu verweisen, ist von dem Unterhaus mit der Stimmenmehrheit von 107 gegen 7 angenommen worden.

**Mexiko.** (Ueber Neu-York, 4. Febr.) Es wird berichtet, daß die Kaiserlichen eine Truppe von Republikanern im südlichen Mexiko geschlagen und eine wichtige Stadt eingenommen haben. Näheres fehlt.

#### Baden.

**Heidelberg, 17. Febr.** Für das Studienjahr von Ostern 1865 bis dahin 1866 wurde von dem Professorenkollegium Hr. Professor Dr. Kirchhoff zum Rektor der Universität gewählt und diese Wahl von Sr. Königl. Hoheit dem Großherzog bestätigt. Auf die Kunde von dieser Befähigung hin berieten sich die hiesigen Studentenverbindungen Franconia, Allemannia, Arminia und Hercynia, dem neuen Rektor gestern Abend einen solennen Fackelzug zu bringen.

**Konstanz, 17. Febr.** (Konst. Ztg.) In den letzten 3 Tagen kamen jeweils mit dem um 11 Uhr ankommenden Dampfschiff von Lindau Transporte von 10 bis 15 Mann sächlicher, seither in Oesterreich internirt gewesener Polen hier durch, welche alle nach Schaffhausen weiter reisten. Durchweg waren es junge Leute oder Männer in mittleren Jahren, ordentlich gekleidet und durchweg gut, wenn auch gerade nicht romantisch aussehend.

#### Vermischte Nachrichten.

— Aus dem Amtsbezirk Stodach. (Konst. Ztg.) Die Volkszählung vom 3. Dez. v. J. hat für den hiesigen Amtsbezirk folgendes Ergebnis geliefert: Die Zollvereins-Bevölkerung betrug 20,284 gegen 19,845 im Jahr 1861; sie zeigt also eine Zunahme von 439. Die faktische Bevölkerung beträgt 20,306, wovon 76 Gatte. Nach dem Religionsbekenntnis zerfällt diese Bevölkerung in 20,006 Katholiken, 277 Evangelischen, 11 Mennoniten, 4 Deutschkatholiken und 8 Jiraciten. Von der Zollvereins-Bevölkerung gehören 9926 dem männlichen und 10,358 dem weiblichen Geschlechte an.

— Kassel, 14. Febr. In verdiehniger Nacht starb der weit über die Grenzen seines engern Vaterlandes gekannte und anerkannte Archivar Dr. Landau nach längerem Leiden.

— In Danzig hat die Kriminaldeputation in ihrer Sitzung am 13. d. M. Johannes Ronge wegen Beleidigung des Ministerpräsidenten v. Bismarck durch das Flugblatt „Die zehn Gebote der Jesuiten“ in contumaciam zu 1 Woche Gefängniß verurtheilt. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft hatte 50 Thlr. Geldbuße, event. 1 Monat Gefängniß beantragt.

#### Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
17. Febr.	27 380	+ 20	S.W.	ganz bew.	trb. Reg. Stätte
Morgens 7 Uhr	27 380	+ 20	S.W.	ganz bew.	trb. Reg. Stätte
Mittags 2 „	27 380	+ 20	S.W.	ganz bew.	trb. Reg. Stätte
Nachts 9 „	27 383	+ 17	S.W.	ganz bew.	trb. Reg. Stätte

Verantwortlicher Redakteur:

Dr. J. Herm. Kroeneke.

#### Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 19. Febr. 1. Quartal. 27. Abonnementvorstellung. Neu einstudirt: **Die beiden Schützen**; komische Oper in 3 Akten, von Lorzing.

Dienstag 21. Febr. 1. Quartal. 28. Abonnementvorstellung. **Einen Tag will er sich machen**; Posse mit Gesang in 3 Akten, von Restroy, Musik von Hebenstreit.

**†** Zu 8. Durlach. Fernen Freunden und Bekannten gebe ich hiemit die Trauernachricht von dem Hinscheiden meiner innig geliebten Gattin, **W. Bette** von Peternell, geborne Weigl-Moll, welches am 16. Nachts, nach 13monatlichem, schwerem Leiden, in einem Alter von 45 Jahren und 4 Monaten, sanft und schmerzlos erfolgt ist. Um stille Theilnahme bittet im Namen der Hinterbliebenen,  
Durlach, den 17. Februar 1865,  
v. Peternell, Oberlieutenant.

**3.8.993.** Die so eben erschienenen antiquarischen Kataloge meines Lagers:  
**Bibliotheca theologica**, Verzeichniß über eine Sammlung von circa 1200 Werken aus dem Gebiete der Theologie;  
**Bibliotheca juridica**, Verzeichniß von circa 500 Werken aus der Rechts- und Staatswissenschaft; Verzeichniß von Werken über Kunst, alten Holzschnitt- und Kupferwerken,  
sowie Bücherliebhabern gratis zu Diensten und werden auf frankirtes Verlangen franco unter Kreuzband eingesandt.  
**Heidelberg.** **Ernst Carlsbach,**  
Buchhandlung und Antiquarium.

**3.8.953. Karlsruhe.**  
**Bekanntmachung.**  
In der Woche vom 20. bis 25. März d. J. werden in dem Leihhaus-Bureau die über 6 Monate verfallenen Pfänder versteigert.  
Montag der 6. März ist der letzte Tag, an welchem die über 6 Monate verfallenen Pfandscheine zur Verzinsung noch angenommen werden.  
Karlsruhe, den 13. Februar 1865.  
Leihhaus-Verwaltung.  
**L. Weber.**

**3.8.24. Donaueschingen.**  
**Die Tilgung des 3 1/2 proz. Fürstlich Fürstenbergischen Anlehens von 2 Millionen Gulden betreffend.**  
Heute sind nachstehende Partialobligationen mit den dazu gehörigen Talons ungültig gemacht worden, nämlich:  
von Lit. A. zu 1000 fl.  
Nr. 354. 395. 413. 421.  
von Lit. B. zu 500 fl.  
Nr. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 120. 130. 132. 135. 150.  
von Lit. C. zu 100 fl.  
Nr. 47. 85. 90. 95. 107. 131. 137. 153. 154. 155. 221. 306. 358. 359. 389. 390. 391. 392. 393. 395.  
Dies wird gemäß den Anlebensbedingungen bekannt gemacht.  
Donaueschingen, den 14. Februar 1865.  
Fürstlich Fürstenbergische Domänenkanzlei.

**3.8.691. Empfehlung.**  
Die Unterzeichneten empfehlen ihre Düngerepräparate, als: **gekämpftes und gedämpftes Knochenmehl, Superphosphat, Weinberg- und Wiesendünger.** Preislisten stehen franco zu Diensten.  
**Chemische Fabrik bei Karlsruhe.**  
**Otto Pauli.**

**Gesuch.** **3.8.988. Karlsruhe.** Ein junger Mann (circa 30 Jahre alt) wünscht in einer Stadt Badens eine **Bierbrauerei** zu pachten, oder sich mit einem Brauerei-Inhaber zu associiren, oder auch in einem derartigen Etablissement als **Geschäftsführer** einzutreten.  
Demselben liegen die besten Zeugnisse zur Seite; er ist theoretisch und praktisch in seinem Fach erfahren, tuzt ein rationeller Brauer.  
Hierauf Interessirte wollen sich portofrei wenden an **G. Clever, Brauer in Karlsruhe.**

**Geschäfts-Verkauf.**  
**3.8.862.** In einer Stadt des Mittelrheinkreises ist ein rentables Geschäft unter ganz günstigen Bedingungen zu verkaufen. Schriftliche Anfragen unter Chiffre **J. K. Nr. 104** sind portofrei an die Expedition dieses Blattes zu richten.

**Ladeneinrichtung-Verkauf.**  
**3.8.978. Baden-Baden.**  
Eine neue Ladeneinrichtung, welche sich für jedes Geschäft eignet, ist billig zu verkaufen. Näheres bei **Artillerie-M. Stroh in Baden-Baden.**

**Geschäfts-Verpachtung.**  
**3.8.925. Freiburg i. B.**  
In besser Lage Freiburgs i. B. ist ein frequentes Delicatengeschäft zu verpachten.  
Näheres auf frankirte Anfragen unter Chiffre **R. H. poste restante Freiburg i. B.**

**Verzierungen in Carton-pierre, Schoenwolf**  
für Decorationen der Apartments,  
**Strassburg, Bruderhofgasse, 7,**  
**Mehl, Hans Schwarzmann.** **3.8.712.**

**Silber-Bleich-Seife,**  
auch weiße Schmierseife genannt, von angenehmem Geruch, vorzüglicher Waschkraft, wobei die Wäsche, ohne zu bleichen, blendend weiß wird, und derselben einen feinen Weichengeruch hinterläßt, wird seit längerer Zeit von vielen Damen hiesiger Stadt, sowie auch von auswärts mit dem besten Erfolge angewandt, erfreut sich einer immer mehr steigenden Abnahme, indem sie neben den obengenannten Vorzügen auch noch den der Ersparniß hat. Probe-Löschchen von netto 25 Pfd. liefert die Seifen-Fabrik von **Herrn Bellonais in Cöln a. Rh.**  
am alten Ufer Nr. 39.

**Kassenschrank-Verkauf.** **3.8.26.**  
Ein noch ganz neuer, feuerfester Kassen- und Documentenschrank — Handarbeit — ist zu verkaufen.  
Näheres bei der Expedition dieses Blattes.

# Leipziger Feuerversicherungs-Anstalt.

Die Leipziger Feuer-Versicherungs-Anstalt erfreut sich seit dem Jahr ihrer Begründung 1819 in den weitesten Kreisen eines ehrenvollen Vertrauens beim versicherten Publikum und wird sich solches auch stets durch locale Handlungsweise zu erhalten wissen. Sie versichert Gebäude, soweit dies gesetzlich gestattet ist, Mobilien, Waaren, Maschinen und Gegenstände der Landwirthschaft, als: Vieh, Getreide, Futtei, Vorräthe u., unter sehr vortheilhaften Bedingungen zu den billigsten Prämien, wobei niemals Nachzahlungen stattfinden. Die allgemeinen Versicherungsbedingungen, Prospekte und Antragsformulare sind bei der Generalagentur sowohl, als bei den unten bezeichneten Herren Bezirksagenten unentgeltlich in Empfang zu nehmen, wo auch jede nähere Auskunft bereitwillig erteilt wird.

**Die General-Agentur für das Großherzogthum Baden: Mathiss & Leipheimer in Karlsruhe.**

**Die Bezirksagenten:**

in Cosslanz in Engen in Hüfingen in Kienrich in Markdorf in Metfrich in Pfüllendorf in Rahlzoll in Stodach in Ueberlingen in Willingen in Wöhrenbach in Badenweiler in Emmendingen in Gndingen in Freiburg in Randern in Rörach in Schönau	Hr. Ferd. Halm, C. Mod, Ferd. Schojer, G. Rabold, M. Gulbin, Simon, Steuererheber, Ferd. Mathes, Störzer, Thierarzt, F. W. Holzheier, G. Delli, Rud. Kuhn, Ferm. Moser, J. Greter, Ad. Kreglinger, Alexander Hirtler, J. Ed. Müller, Ernst Müller, Dan. Müller, Rathschreiber, J. B. Lois, Rathschreiber,	in Siegelau in St. Blasien in Triberg in Nierern in Zell i. W. in Uehren in Baden in Breiten in Bühl in Karlsruhe in Dönglingen in Gernsbach in Haslach in Kehl in Mingsolsheim in Ober-Wolfach in Ohlsbach in Offenburg in Pforzheim	Hr. Faber Schum, Bruno Weber, Joh. Schmidt, Janz Ebi, A. Gölzer, Aug. Bießer, Alfred Sachs, H. Geiger, Thierarzt, W. Hof, Thierarzt, Karl Hofmann, Joh. Huber, Franz Bischoff, A. Hof, Thierarzt, Adrian Bender, Salzmann, Rathschreiber, Andr. Braun, Wegger, Thierarzt, Louis Franzmann,	in Nassau in Tiefenbrunn in Ulm-Oberfrich in Wolfartsweier in Adelsheim in Eningen in Ebersbach in Gilsbach in Hochstaden in Huesheim in Königshofen in Mannheim in Mönchzell in Neckarelz in Oberhausen in Pfaltzstadt in Sackfenster in Tanderbischsheim in Wertheim	Hr. W. Kaffner, Andr. Kern, B. Büchner, Badenloß, Bürgermeister, Joh. Schmidt, Alois Grabberger, Bernr. Thierarzt, Ferd. Gentel, Frehm, Rathschreiber, Sauer, Rathschreiber, Worf, Rathschreiber, F. Stieler & Co., Sieberzahn, Rathschreiber, Kipphan, Rathschreiber, Joh. Madle, G. Madle, Rathschreiber, Freund, Rathschreiber, G. J. Krüger, M. Schaller. <b>3.8.795.</b>
--	---	---	---	--	---

**3.8.781. Prospektus.**  
**Königlich Schwedisches 4 1/2 % fundirtes Staats - Anlehen vom Jahr 1864**  
im Belaufe von **2,223,000 Pfund Sterling**  
zum Bau von **Staats-Eisenbahnen**  
aufgenommen  
kraft Beschlusses der Reichsstände und mit Genehmigung Sr. Majestät des Königs  
negociirt durch  
**J. Henry Schroeder & Co. in London.**

Von diesem Anlehen werden **Pfund Sterling 300,000** zum Course von **90%** (das Pfund Sterling zu fl. 12 gerechnet) zur öffentlichen Subskription aufgelegt.  
Solche sind innerhalb 54 Jahren al pari rückzahlbar. Die nächste Ziehung findet am 2. Januar 1866 statt.  
Die Zinsen zu **4 1/2 %** sind halbjährlich am 15. April und am 15. Oktober zahlbar.  
Zeichnungen werden angenommen bei  
**Karlsruhe und Baden-Baden.**  
**G. Müller & Consorten.**

**3.8.6. Karlsruhe.**  
**„Germania“**  
**Lebensversicherungs - Aktien - Gesellschaft in Stettin.**  
**Grundkapital 5,250,000 fl. südd. Währ.**  
Versicherungs-Anträge vom 1. Januar 1864 bis 1. Januar 1865 29,186 mit fl. 27,179,404.  
Die „Germania“ übernimmt fortwährend Versicherungen auf das Leben einzelner und verbundener Personen zu billigen und festen Prämien und schließt ferner Aussteuer- und Leibrenten-Versicherungen jeder Art ab; sie bietet den Theilnehmern die sichersten Garantien und gewährt ihnen alle nur möglichen Vortheile und Erleichterungen.  
Beispiel: A. 27 Jahre alt, sichert durch eine bis zu seinem Tode zu leistende Prämienzahlung von jährlich 19 fl. 10 kr. (die Prämie kann auch in vierteljährlichen oder monatlichen Raten gezahlt werden) seiner Frau und seinen Kindern ein Kapital von 1000 fl., welches bei seinem Ableben gezahlt wird, mag dasselbe spät oder früh eintreten.  
Zur Verabreichung von Prospekt und Theilung jeder näheren Auskunft sind die Herren Haupt- und Special-Agenten der Gesellschaft jederzeit bereit.  
**Die Generalagentur der Germania.**  
**Max Levisohn.**

**Die Knaben-Erziehungsanstalt zu Cannstatt bei Stuttgart**  
beginnt am 18. April c. ihren sechsten Jahreskurs. Die Anstalt, welcher es gelang, sich in der Zeit ihres 54jährigen Bestehens einen guten Ruf im In- und Auslande zu begründen, bereitet sowohl fürs praktische Leben, Handel und Gewerbe, als auch für Gymnasien und Realschulen vor und wird zur Zeit von 33 Pensionären und einer größeren Anzahl Externen besucht, die am Unterrichte der Internen Theil nehmen.  
Das Institut, welches jährlich von Seiten der Staatsbehörde geprüft wird, besitzt tüchtige Lehrkräfte und wird vom Vorstande, der sich in 12jähriger Thätigkeit Erfahrungen auf dem Felde der Pädagogik gesammelt, selbstständig geleitet. — Die neueren Sprachen genießen einer besondern Pflege; der Umstand, daß die Anstalt von Franzosen, Engländern, Russen, Spaniern besucht ist, erleichtert im Wege der Conversation die Erlernung jener Sprachen. — Russische Hörsäle erhalten Unterricht in der Religion, Geschichte und Geographie von einem russischen Lehrer, um später in Schulen ihres Vaterlandes eintreten zu können. Deutsche Hörsäle werden in den oberen Klassen in positiven Disziplinen und namentlich in der Literatur der französischen und englischen Sprache von einem Franzosen, resp. einem Engländer unterrichtet, und erhalten in der neu eingerichteten **Handelsklasse** Unterweisung in der Buchführung und kaufmännischen Korrespondenz.  
Um den Schülern alle Vortheile einer sorgfältigen Erziehung zu Theil werden zu lassen, bleibt die Zahl der Pensionäre stets auf die obengenannte Zahl beschränkt.  
Die Anstalt besitzt ein eigenes, für Zwecke eines Knaben-Instituts eingerichtetes, in der Nähe der Anlagen des Sulzgrabs zu Cannstatt in schöner und ruhiger Umgebung gelegenes geräumiges Haus mit einem 1 1/2 Morgen großen Spiel- und Turnplatz, und einem schattigen Garten.  
Näheres über die Anstalt geben die Prospekte, zu beziehen durch den  
**Vorstand**  
**Dr. phil. Klose.**

**3.8.562. Donaueschingen.**  
**Braupfannen-Verkauf.**  
Wir verkaufen zwei noch gut erhaltene kupferne Braupfannen von 2770 und 3610 bad. Maß Inhalt, jede im Gewicht von ungef. 22 Solgentnern.  
Angebote hierauf für den Solgentner ad hier wollen schriftlich oder mündlich anher abgegeben werden.  
Donaueschingen, den 13. Februar 1865.  
Fürstlich Fürstenbergische Brauerei-Verwaltung.

**Mühlverkauf oder Verpachtung.**  
**3.8.20.** Eine große Mühle in der Nähe von Frankfurt mit ausgezeichneter Wasserkraft und an einer im Bau begriffenen Eisenbahn ist billig zu verkaufen oder zu verpachten. Offerten franco besorgt die Expedition dieses Blattes.

**3.8.14. Wagenbach.**  
**Holzversteigerung.**  
Am Donnerstags den 23. Februar l. J. Morgens 9 Uhr, werden im Distrikt Galsberg zu Wagenbach öffentlich versteigert:  
113 Stämme Eichen, theils Holländer, theils Bar- und Ruzholz,  
1 Stamm Fichten,  
19 Stangen,  
59 1/2 Klafter buchenes Scheitholz,  
16 1/2 : eichenes do.,  
14 : Stumpen und  
7540 Stück Weizen.  
Einsheim, den 17. Februar 1865.  
Freiherrl. von Degenfeld'sches Rentamt.  
Fleischmann.

**3.8.16. B. Nr. 151. Unterschwarzach.**  
(Holzversteigerung.) Aus diesseitigem Domänenwaldbesitz 1, 4 auf Neudorf'scher Gemarkung werden  
Donnerstag den 2. März l. J. im Rathhause zu Neunkirchen folgende Holzsortimente versteigert und Borgfrist bis Martini l. J. bewilligt:  
62 Stämme eichenes Holländ. r., Bau- und Ruzholz,  
48 Klafter buchenes und 6 Klafter eichenes Scheitholz,  
11 Klafter buchenes und 26 Klafter eichenes Prügelholz,  
4750 Stück buchene und eichene Weizen und 1 Loos Schlagbaum.  
Die Versteigerung beginnt Vormittags 9 Uhr; wozu die Liebhaber eingeladen werden.  
Schwarzach, am 16. Februar 1865.  
Großb. dach. Bezirksforstei.  
Rüller.

**3.8.25. Karlsruhe. (Bekanntmachung.)**  
Die Geseft des Gelobarbeiters Wilhelm Engelmaier von Pforzheim, Margaretha, geb. Müller, hat gegen ihren Ehemann eine Klage auf Vermögensabsonderung erhoben, und ist Tagfahrt zur mündlichen Verhandlung auf  
Donnerstag den 30. März d. J.,  
Vorm. 9 Uhr,  
anberaumt; was gemäß § 1058 der bürgerlichen Prozeßordnung zur Kenntnismahme der Gläubiger öffentlich bekannt gemacht wird.  
Karlsruhe, den 14. Februar 1865.  
Großb. Kreis- und Hofgericht Karlsruhe,  
Civilkammer.  
Reiner.

**3.8.19. Karlsruhe. (Erlebte Ge-  
hilfenstelle.)** Durch Beförderung unseres ersten Gehilfen ist dessen Stelle mit einem Gehalt von 500 fl. frei geworden. Die Herren Bewerber wollen sich unter Anschließ ihrer Zeugnisse baldigst bei dem unterzeichneten Dienstvorstande melden.  
Karlsruhe, den 17. Februar 1865.  
Großb. Domänenverwaltung und Forstklasse.  
Bauer.